

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Verlag

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dolmetsch-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 291

Leichenfeier in Wien.

Schwarze Trauerfahnen auf den Gemeindegebäuden.

r. bn. Wien, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Für die heutige Leichenfeier im Zentralfriedhof wurden große Vorbereitungen getroffen. Es wurde ein großer Katafalk aufgestellt, der für 100 Särge Platz hat, der aber heute nicht voll ausgenutzt wird, da heute erst 60 Leichen gemeinsam bestattet werden.

Streikabbruch - eine Tat republikanischen Verantwortungsgesühls.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt zum Abbruch des Verkehrsstreiks: „Wißt ihr, warum den Herren so völlig das Verantwortungsgesühls fehlt, das uns leitet? Weil diese Republik, die sie regieren, ihnen einfach wurst ist!“

Der Abbruch des Verkehrsstreiks - er ist eine Tat republikanischen Verantwortungsgesühls. Und weil dieses republikanische Verantwortungsgesühls unsere breiten Massen erfüllt, darum werden sie den Beschluß des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission in geschlossener Einheit vollziehen.

Bewaffnete Faschisten.

Heimwehr-Putsch in Steiermark.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ deckt die Bewaffnung der Faschisten in Steiermark und ihre putschistischen Absichten auf. Er läßt sich aus Graz berichten:

Die schwächliche Haltung des Landeshauptmanns gab zu einem schweren Konflikt in der Landesregierung Anlaß. Der christlich-sozialen Landeshauptmann-Stellvertreter, Riegler, und Landesrat Pfarrer Jenz, verließen ihren Sitz in der Landesregierung in Graz und errichteten in Feldbach eine provisorische bürgerliche Landesregierung.

Am Kockhofen von Graz waren die Heimwehren im Raume von Raibach, zwei Kilometer von Graz, versammelt. Alle waren bewaffnet und mit Maschinengewehren versehen.

Gegen Abteilungen des Republikanischen Schutzbundes im republikanischen Industriegebiet errangen die Heimwehren großen Erfolg. Heimwehrführer Dr. Priemer sammelte im oberen Murtal 7000 Mann mit 200 Maschinengewehren und besetzte Sonntag früh Judenburg.

Die Heimwehr kontrolliert heute in ganz Steiermark die Durchführung der vollständigen Arbeitsaufnahme und wird morgen abrücken. Insgesamt waren 17 000 Heimwehrmänner unter den Waffen.

Selbsterständlich beschuldigt der „Lokal-Anzeiger“ nicht die bewaffnete Heimwehr, sondern den unbewaffneten Schutzbund des Putschismus. Frage: Wieviel Waffen besitzt der Stahlhelm in Deutschland?

Untersuchung der Justizpalast-Ruine.

Wien, 20. Juli. (M.Z.B.) Der Justizpalast wurde durch eine Kommission beauftragt, die aus Vertretern der städtischen Baupolizei, des Ministeriums für Handel und Verkehr und des Bundeskanzleramtes bestand. Während man ursprünglich angenommen hatte, daß die Grund- und die Außenmauern noch so gut erhalten seien, daß das Gebäude restauriert werden könnte, neigt man nach dem Ergeb-

nis dieser Untersuchung mehr der Ansicht zu, daß die Beschädigungen des Mauerwertes durch die große Hitzeentwicklung so schwer sind, daß die Wiederherstellung mehr als fraglich erscheint. Es dürfte nunmehr damit zu rechnen sein, daß das Gebäude abgetragen werden muß. Nach der heutigen Untersuchung ist zunächst angeordnet worden, daß innerhalb der nächsten 24 Stunden die Gebäudeteile, für die Einsturzgefahr besteht, abgerissen werden. Das gilt namentlich für die Giebelaufbauten und Gesimse, deren Verankerung und Stützung durch das Feuer vernichtet oder beschädigt ist.

Der Gemeinderat tagt morgen.

Wien, 20. Juli. (M.Z.B.) Bürgermeister Seiß hat den Wiener Gemeinderat für Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung einberufen. Diese Sitzung wird die erste parlamentarische Aussprache über die Ereignisse der letzten Tage darstellen.

Schober über die Wiener Vorgänge.

Der Wiener Polizeipräsident Schober hat einem Wiener Journalisten eine Darstellung der Vorgänge gegeben, die in der „Völkischen Zeitung“ wiedergegeben wird.

Schober führt den Angriff auf den Justizpalast darauf zurück, daß die Massen, die sicher nur zu einer Demonstration gekommen waren, ohne Führung blieben; nicht einmal Ordner seien mitgegangen. So wurden die vielen Tausende in den Augenblicken, da sie dringend des Rates ihrer Führer bedurften, allein gelassen, und diese gefährliche Situation bemühten unverantwortliche kommunistische Elemente, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Menge zu jenem Ziel zu führen, das ihnen erstrebenswert schien.

Der Befehl, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, sei erst gegeben worden, nachdem Bürgermeister Seiß ihm mitgeteilt habe, daß seine Intervention zum Zwecke der Feuerwehration bei der zugewandten Menge fruchtlos gewesen sei. Der Bürgermeister habe ihm gesagt: „Ich bitte Sie, Herr Polizeipräsident, versuchen Sie es noch einmal mit anderen Mitteln.“ Er habe erwidert: „Nawohl, das verspreche ich Ihnen, aber wenn es nicht anders geht, dann muß ich die Kommandanten instruieren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Es steht alles auf dem Spiel.“

Die Schuld liege also nicht bei der Wiener Arbeiterschaft. Die Erregung der Massen nach dem Urteil von Schattendorf sei wohl sehr groß gewesen, aber die Menschen, die sich zu solchen Unruhen fortziehen ließen, Gebäude anzündeten, Wachtleute massakrierten usw., das waren keine Wiener, und das waren auch keine Wiener Arbeiter. Der Rob, die Hefe des Volkes, verantwortungslose Gesellen, hätten sich der Bewegung bemächtigt.

Zum Schluß sagte Schober, es sei gut und klug gewesen, den Verkehrsstreik rasch zu beenden; denn er hätte, wenn er auch nur kurze Zeit angehalten hätte, zu den schwersten politischen Folgen für Oesterreich führen können.

Tod eines Hohenzollernkönigs.

Ferdinand I. von Rumänien gestorben.

Am gleichen Tage, an dem das neugewählte rumänische Parlament sich endgültig konstituierte, starb König Ferdinand. Während eine allgemeine Nachrichtenperre über Rumänien verhängt wurde, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur von seinem plötzlichen Ende in Sinaia.

Ferdinand entstammt der Sigmaringer Linie des Hohenzollernhauses. 1865 geboren, wurde er von seinem kinderlosen Onkel Karl von Rumänien schon 1889 zum Kronprinzen ernannt. Er trat die Regierung im Oktober 1924 an, erklärte Deutschland den Krieg und wurde im Frieden von Bukarest 1918 von den deutschen Hohenzollern tief gedemütigt, bis der Sieg der Entente auch seinem Lande mächtigen Gebietsgewinn brachte: Bessarabien, Bukowina, Transylvanien und das Banat wurden von Rußland, Oesterreich und Ungarn losgerissen und dem Stammlande einverleibt. In sozialer Hinsicht war die Zeit seiner Regierung durch die Agrarreform bemerkenswert, die er durchführte, um seine Dynastie vor der Agrarrevolution zu retten. Das allgemeine Stimmrecht, das ebenfalls eingeführt wurde, ist nur eine Fassade, hinter der sich das faschistenähnliche Terrorregiment der herrschenden Großgrundbesitzerklasse verbergt. Sein Name bleibt verknüpft mit fürchterlicher Klassenjustiz gegen Sozialisten und Kommunisten.

Ob der Tod Ferdinands sofort ernste politische Folgen auslöst, steht noch dahin. Da er seit Jahren krebelsend war, hatte man sich auf sein Ende vorbereitet. Ein Regenschatzrat ist bereits eingesetzt, der für seinen unminidigen Anteil die formelle Herrschaft ausüben soll. Die eigentliche Machtübung bleibt in der Hand der „liberalen Partei“, also Bratianus. Schwereste Komplikationen können allerdings sofort eintreten, wenn der wegen seiner Liebesabenteuer und unsauberen Bierierungsgeschäfte Ex-Kronprinz Carol den Einfall haben sollte, Paris mit Bukarest zu tauschen. Da die Diktatur ihm mehr liegt als „unfruchtbarer parlamentarischer Kämpfe“, hat Bratianu zunächst einmal den Belagerungszustand erklärt: „Das Land hat Ruhe, Einigkeit und Eintracht notwendig.“

Die teure Post.

Schäpels Politik, das Parlament und die Arbeiterschaft.

Uebermorgen, Freitag, findet die Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost statt, die über die hart umkämpfte Gebührenerhöhung des Herrn Schäpel zu entscheiden hat. Der Arbeitsausschuß, dem die Vorbereitung der Beschlusfassung oblag, hat die Erhöhung der Porti gebilligt; die Abträge, die dabei am Entwurf vorgenommen wurden, sind ganz unwesentlich. Ueberreichlich ausgeglichen werden sie durch die Verdoppelung des Posttarifs für den Ortsverkehr, die sogar im Widerspruch zu den früheren Beschlüssen deselben Verwaltungsrats steht. Weder die Proteste aus der Wirtschaft, noch der Einspruch des Parlaments vermochten Herrn Schäpel zu bestimmen, seine Forderungen zu revidieren. Mit bawarischer Hartnäckigkeit hielt er an der Vorlage fest, die in diesen Tagen zur Entscheidung steht.

Nichts wäre verfehlter als der Glaube, daß die Portoerhöhung ja nur eine Angelegenheit derjenigen sei, die viel Briefe schreiben, Geld, Patete, Telegramme und Druckfachen versenden. Bankier, Kaufmann, Fabrikant, Landwirte, die Behörden - keiner von ihnen zahlt den Aufwand für die nun einmal notwendige Inanspruchnahme der Post aus irgendwelchen Reserven oder Sondereinnahmen. Sie alle bezahlen sie mit dem Geld, das ihr Kunde für Speisen und Leistungen hergeben muß. Die 208 Millionen Mark, die selbst nach dem Eingeständnis Schäpels der Post neu zuzuführen sollen, belasten den Verbrauch, werden von ihm in erhöhten Preisen getragen, ganz gleichgültig, wer zufällig die Briefmarke klebt. Aber in Wirklichkeit sind es nicht nur 208 Millionen, es sind weit mehr. Man wird das Richtige treffen, wenn man die Neubelastung der Wirtschaft durch die Portoerhöhung auf 250 Millionen Mark schätzt.

Eine Viertelmilliarde Mark, zu deren Tragung das ganze Volk herangezogen wird, das ist keine Kleinigkeit. Bei jedem Pfennig Lohnerhöhungen, bei jeder Neuregelung der sozialen Abgaben, bei jeder Steuerdebatte schallt es aus allen Kreisen der Wirtschaft, daß die Unternehmungen keine Neubelastung mehr vertragen. Auch bei dieser Vorlage hat eine große Zahl von Verbänden ihren Einspruch gegen das Postgesetz mit diesem Hinweis begründet. Deshalb muß einmal klargestellt werden, wen die politische Verantwortung für eine Aktion trifft, deren Schädlichkeit von allen Bevölkerungskreisen, von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, von Parlamentariern aller politischen Richtungen und von unabhängigen Sachverständigen erkannt wird.

Nach dem Postfinanzgesetz trägt die Verantwortung in erster Linie der Verwaltungsrat der Reichspost. In ihm sind neben den Behörden das Personal und die führenden Unternehmergruppen vertreten. Die Haltung dieser Wirtschaftsführer trägt die Hauptschuld daran, daß Schäpel mit seinen Plänen nicht schon in seinem eigenen Hause scheiterte. Entgegen der öffentlich bekundeten Auffassung ihrer Verbände haben diese Unternehmer den Auftrag gefunden, den Postminister zur Einbringung der neuen Vorlage geradezu anzuflehen. Man fragt vergeblich nach den Gründen für dieses Verhalten, das die Mitwirkung der Wirtschaft an der Verwaltung der Reichspost zu einer jämmerlichen Groteske herabwürdigte. Verfehlen kann man es, wenn die Interessenten an den Aufträgen der Post, von eigenem Profitstreben beherrscht, die Sache seines Unternehmens für die Sache des Volkes ansehen. Man kann es verstehen, obwohl man diese Verquickung von Politik und Geschäft als eine Quelle übelster Korruption großen Stiles eher heute als morgen unmöglich machen sollte. Unverständlich aber ist es, wenn ein führender Vertreter des Einzelhandels sogar entgegen den Wünschen der von ihm geführten Verbände sich im entscheidenden Augenblick hinter den Postminister stellt, seine Berufsgenossen und die volkswirtschaftlichen Interessen preisgibt. Man muß gespannt sein, ob diese famosen Wirtschaftsführer auch am Freitag den Mut zu einer solchen Komödie finden. Tun sie es, so wird man ihre politischen und wirtschaftlichen Gutachten in Zukunft werten müssen als das, was sie sind, als eine leere Geste, für die im Augenblick der Tat niemand, sie selbst am wenigsten, ernstehen magt.

Die Post ist aber ein Betrieb des Reiches. Niemand könnte der noch immer dem Parlament verantwortliche Minister sich zu derartig einschneidenden Maßnahmen bekennen, wenn ihm auch nur eine der Regierungsparteien die Gefolgschaft verweigert. Die Koalitionsparteien des Reichstags trifft also die volle politische Verantwortung dafür, wenn die Postgebührenerhöhung erfolgt. Die Verantwortung ist doppelt schwer, da ja der Reichstag selbst in seinem Plenum die Regierung ersucht hat, von der Portoerhöhung Abstand zu nehmen. Es ist also eine leere Ausflucht, wenn der Postminister sich auf eine Stimmung im Haushaltsausschuß, die er obendrein nach seiner Art falsch gedeutet hat, oder auf Besprechungen der Koalitionsparteien beruft. Vertrauliche Parlamentarierunterredungen entbinden die Regierung nicht von der Pflicht, sich an Beschlüsse des Reichstags zu halten. Im Haushaltsausschuß aber lagen die Dinge so, daß die Opposition mit ihren Argumenten starken Eindruck gemacht hat. Ein Beschluß war überfällig, nachdem das Plenum in gleichem Sinne gerurteilt hatte. Ein Antrag hätte nur dann einen Zweck gehabt, wenn der Haushaltsausschuß das Parlament in letzter Stunde hätte umstimmen wollen. Das war nicht der Fall. Weder die Regierungsparteien, noch auch die Opposition hatten einen Anlaß dazu, da man nach dem Verlauf der Debatte annehmen mußte, daß Schäpel, ge-

bunden an den Reichstagsbeschluss, eine sorgfältige Prüfung der von der Opposition vorgebrachten starken Einwände vornehmen würde. Das ist nicht geschehen; die alten Vorschläge mit geringen Abänderungen wurden erneuert.

Alle sachlichen Gründe sprechen, wie hier wiederholt dargelegt wurde, gegen die Portenerhöhung. Schälzel selbst beruft sich bei seinem neuen Entschluss auf die Regierungsparteien, belastet also diese mit der vollen Verantwortung für seine politische Haltung. Von dieser politischen Verantwortung werden sie auch dann nicht frei, wenn sie auf den Verwaltungsrat der Post abzuwälzen suchen. Es ist nicht nur Angelegenheit der Post, es ist eine Angelegenheit der politischen Führung des Reiches, wenn jetzt dem Volke eine Viertelmilliarde Mark neuer Ausgaben auferlegt wird, während das Reich sich wichtigen sozialen Aufgaben verweigert, die Länder und Gemeinden zu äußerster Sparsamkeit zwingt und schließlich noch die Wirtschaft selber nach einem Abbau der Realsteuern ruft, weil sie angeblich überbürdet ist. Eine solche Finanzpolitik ohne Sinn und Ziel muß sich am ganzen Volke rächen. Hier zeigt sich, wie wenig die Sonderstellung der Post sich mit der Demokratie vereinbaren läßt. Die parlamentarische Kontrolle über sie muß verschärft werden. Beschließt der Verwaltungsrat die Portenerhöhung, so wird diese Frage dringender. Die Schädigung der gesamten Wirtschaft aber, die von einem solchen Beschluß zu befürchten ist, fällt auf die Rechtsblockregierung zurück, die sich über parlamentarische Rechte und sachliche Einwände mit der größten Ruhe hinwegsetzt.

## Schulkampf auf Jahre hinaus! Westarp proklamiert den Kulturkampf.

In der „Kreuz-Zeitung“ schreibt Graf Westarp zum Schulgesetzentwurf:

„So sorgfältig der Entwurf sich in den Grenzen der Verfassung hält, und so wenig die Vorwürfe kulturfeindlicher Reaktion und herrschaftlicher Intoleranz sachlich gerechtfertigt sind, darf man sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß der Kampf um das Gesetz auf der ganzen Linie entbrannt ist und noch immer heftigere Formen annehmen wird. In ruhiger sachlicher Arbeit des Kabinetts und der Regierungsparteien, wie sie bisher geleistet worden ist, wird er einem guten Ende zugeführt werden können. Auch wenn es gelingt, das Reichsschulgesetz zu verabschieden, ist der Weltanschauungskampf, der durchgeführt werden muß, nicht beendet. Es kommt alles auf die Durchführung des Gesetzes an, für welche in den darauffolgenden zwei Jahren die Ausführungsregeln von den Ländern erlassen werden müssen, und das kann wohl einer der Gegenstände werden, die bei dem preussischen Wahlkampf im Jahre 1928 mit in vorderster Reihe stehen werden. Sind dann die Gesetze in Reich und Ländern entsprechend den Absichten des Entwurfs zustande gekommen, so legen sie der christlichen deutschen Elternschaft ein hohes Maß eigener Verantwortung für die christliche Schule auf. Aus ihr ergeben sich große Aufgaben für die Kirchen und die Träger und Vertreter des Gedankens eines lebendigen Christentums, die nur in Frieden und Zusammenstehen der christlichen Konfessionen und in gemeinsamer Abwehr der Religionslosigkeit und Religionsfeindschaft zu lösen sind.“

Die Absicht, den kommenden Wahlkampf um das Schulgesetz zu führen, wird beim Zentrum wenig Beifall finden — ebensowenig wie der Plan, durch die Entfesselung eines jahrelangen Schulkampfes das Zentrum in der Bürgerblockbildung zu halten.

## Schreierorganisationen gegen Neubell.

Die Lehrervereine Leipzig-Stadt und -Land erheben in folgender Entschließung den schärfsten Einspruch gegen den neuen Reichsschulgesetzentwurf:

„Der Entwurf zerstört durch die verfassungswidrige Gleichstellung der drei Schularten die allgemeine

Staatschule und zerschlägt unter dem Deckmantel des Elternrechts unsere Volksschule, er verweigert den Schulkampf in den Gemeinden, er verankert die Konfessionsschule als Regelschule in großen Gebietsteilen des Reiches. Die staatliche Schulkontrolle wird aufgehoben und die Volksschule erneut kirchlichen Mächten ausgeliefert. Er stellt die Lehrerschaft wieder unter die Herrschaft schulfremder Mächte und bürdet Staat und Gemeinden, die heute schon bringende soziale Aufgaben nicht erfüllen können und unter den Reparationslasten leiden, neue große Verpflichtungen auf. Und all das nicht für eine Hebung, sondern für eine Zerschlagung der Volksschule, durch die ihre Leistungsfähigkeit herabgedrückt wird.

Der Entwurf ist in einer Sprache gehalten, die über den reaktionären Inhalt hinwegtäuschen sucht, er enthält Wendungen, die unaufrichtig wirken. Auf diese Weise soll vor allem die Auslieferung der Volksschule an kirchliche Mächte verschleiert werden.

Wir bekennen uns erneut zu einer für alle Volksteile gemeinsamen Volksschule, der Staatschule auf wissenschaftlicher Grundlage, und sehen in der staatlichen Schulkontrolle die sicherste Gewähr für die Zukunft unseres Bildungswesens und die Gestalt einer wahren Volksgemeinschaft.

Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf, alle denkenden Männer und Frauen des Volkes, die Elternschaft und alle Freunde einer fortschrittlichen Schulgesetzgebung: Stellt euch vor die bedrohte Volksschule! Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!“

## Die Bendlerstraße setzt ihren Willen durch! Wir bekommen wieder Militär- und Marineattachés.

Die Erwägungen über die Entsendung von Militär- und Marineattachés haben zu einer prinzipiellen Einigung darüber geführt, den Botschaften und Gesandtschaften militärische und maritime Sachverständige beizugeben. Trotz gewisser politischer Bedenken hat man sich dem Standpunkt des Reichswehrministeriums angeschlossen, das die Entsendung von Militär- und Marineattachés im Interesse der deutschen Wehrmacht als unumgänglich notwendig bezeichnet hat.

Wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, wird je ein Militär- und Marineattaché bei den Großmächten akkreditiert werden. Auch mit den durch die Friedensverträge neu entstandenen europäischen Staaten sind Verhandlungen darüber im Gange, ob die beiderseitigen diplomatischen Vertretungen durch Militärattachés ergänzt werden sollen. Gegenstand von Erwägungen bildet u. a. auch noch die Abgrenzung des Wirkungsbereichs dieser Sachverständigen, wobei besonders zu entscheiden sein wird, ob sie ihre Instruktionen vom Auswärtigen Amt oder vom Reichswehrministerium empfangen sollen. (Die ungleich nützlichere Einrichtung von Sozial- oder Handelsattachés ist nach schwachen Anfängen aus „Sparmaßregeln“ längst wieder aufgegeben worden. Red. d. „B.“)

## Gegen die ärztlichen Ehrengerichte. Kritik der ärztlichen Sezession.

Der Kampf um die Befreiung der Ärzteschaft aus den Fesseln der Ehrengerichte und der Standesordnung geht weiter. Die ärztliche Sezession hat den Kampf auf Grund des § 105 der Reichsverfassung aufgenommen, der Ausnahmegerichte jeder Art verbietet. Sie betont, daß die letzte Entscheidung über eine verfassungsrechtliche Zulassung von ärztlichen Ehrengerichten nicht durch einen Rezipientenbeamten des Wohlfahrtsministeriums, sondern nur durch eine juristisch vorgebildete Person gefällt werden kann. Vollkommen absurd sei der Standpunkt des Wohlfahrtsministeriums, daß die ärztlichen Ehrengerichte nicht gegen die Reichsverfassung verstoßen würden, da sie ja in ihr nicht besonders aufgeführt seien. Mit der gleichen Logik könnten dann einzelne Länderregierungen verlangen, daß die Ärzte Uniform tragen müssen, da das ja gleichfalls nicht besonders verboten ist. Auch die Novelle zum Ehrengerichtsgesetz sei kein Beweis für seine Rechtsgültigkeit.

## Wahlerfolge der isländischen Parteigenossen Niederlage der regierenden Konservativen.

Kopenhagen, 20. Juli. (Eigener Bericht.) Die isländischen Parlamentswahlen haben nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der jetzigen Regierungspartei, den Konservativen, eine Niederlage gebracht. Die durch ein Wahlbündnis vereinigte Bauernpartei und Sozialdemokraten können dagegen erfreuliche Erfolge aufweisen. So haben in den beiden Erzbischofsdistrikten und Akureyri die Sozialdemokraten je ein konservatives Mandat erobert und in der Hauptstadt Reykjavik der sogenannten „Unabhängigkeitsgruppe“ ein Mandat abgewonnen. Die Bauernpartei hat ebenfalls ein Mandat gewonnen. Während weitere sozialdemokratische Erfolge in den Landbezirken nicht zu erwarten sind, dürfte die Bauernpartei hier gegen die Konservativen gut abschneiden. Vorläufig stehen die Ergebnisse aus den Landbezirken noch aus.

## Sacco und Vanzetti an die Kulturwelt. Dank aber zugleich Warnung vor Illusionen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Professor Dana von der amerikanischen Universität Cambridge, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hat einen Brief von Sacco und Vanzetti erhalten, den die französische Liga für Menschenrechte veröffentlicht. Vanzetti dankt darin allen Freunden in Europa für die Ermuthigungen, die ihm und seinem Leidensgenossen im Gefängnis zugegangen seien. Er warnt aber davor, in bezug auf die Begnadigung zu optimistisch zu sein, denn er befürchtet, daß man da eine Enttäuschung erleben werde. Man möge sich keine Illusion über das angelegliche Entgegenkommen der staatlichen Behörden von Massachusetts machen. Sie hätte immer so gehandelt, um in letzter Minute ihn und seine Leidensgefährten um so besser erdolchen zu können. Der Brief schließt mit dem Dank an die Freunde in Europa und die europäischen demokratischen Völker, denen er und seine Leidensgenossen die letzten Jahre ihres Lebens verdanken.

## Zuwachs der französischen Fraktion. Ausgeschiedene Kommunisten wieder aufgenommen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistisch-kommunistische Parteiorganisation des Departements Loire, die sich nach dem Parteitag von Tours von der Partei getrennt, später aber sich von den Kommunisten getrennt und selbstständig gemacht hatte, hat jetzt in einem Schreiben an die sozialistische Parteileitung um Wiederaufnahme in die Partei gebeten. Diesem Ersuchen ist stattgegeben worden. Das Departement Loire stellt in der Kammer drei Abgeordnete: Ferdinand Faure, Vassoni und Jouhannet.

## Demonstrationen gegen die Militärlübungen.

Paris, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Cherbourg ist es am Montag zu schweren Zwischenfällen gekommen. Etwa 600 Sozialisten, die im Hafen von Cherbourg zur Ableistung einer Übung eingetroffen waren, durchzogen, die Internationale singend, die Straßen der Stadt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Ähnliche Zwischenfälle haben sich am Sonntag und Montag im Militärgefängnis in Toulon ereignet. Eine größere Anzahl Gefangener meuterten und sangen ebenfalls die Internationale. Die holländische Polizei hat das Militärgefängnis besetzt. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Der deutsche Studententag in Würzburg schloß am Dienstagabend mit der Annahme eines Antrages des Vorstandes, der besagte: „Der Studententag hält an der völkischen Würzburger Verfassung von 1922 unbedingt fest.“ Damit haben die Rechtsradikalen in der Studentenschaft ihre Auffassung durchgesetzt und es wird nunmehr zu einem Kampfe mit dem preussischen Kultusministerium kommen.

## Scheibenschiefen.

Von Jodot.

Man wird nicht sagen dürfen — und auch der radikalste Pazifist darf das nicht tun —, daß der Umgang mit Feuerwaffen unter allen Umständen verwerflich ist. Zunächst einmal müssen selbstverständlich die Organe der öffentlichen Sicherheit, deren kein Staatswesen der Welt entbehren kann, mit Gewehr und Revolver zu hantieren verstehen, aber darüber hinaus ist es auch nicht unverständlich, wenn diese oder jene Privatperson am Schießen als solchem, an dem rein physikalischen Vorgang, Gefallen findet. Schießen kann ein harmloses Spiel sein, wie Fußball, Tennis, Billard, ein Sport ohne Tendenz, eine Beschäftigungsübung. Aber was in der Theorie immerhin möglich ist, straft die Praxis Lügen, und die alte Weisheit bewahrt sich auch hier, daß es die Gelegenheit ist, die die Diebe schafft. Das Gewehr hat Eigenleben. Es strahlt den Willen zu seinem Mißbrauch aus, und wer mit dem Gewehr spielt, mit dem spielt eines Tages das Gewehr.

Da haben sich in diesen Tagen die deutschen Schützenbünde in München versammelt und ein 18. Bundesfest abgehalten. Man muß schon sagen, daß von dieser ganzen Veranstaltung jener muffige Geruch vollbürtiger Kraftfeyer ausgeht, der nun einmal von dem deutschen Spießbürger nicht wegzutreiben ist. Vereine sind gewiß nichts Schlechtes an sich, und auch in sozialistischen Lager haben wir ja genug, aber während hier — und diese Feststellung entspricht keiner Vereinstatsart — der Vereinszweck in der Regel durchaus richtig gewürdigt wird als kleiner Ausschnitt des Gesamtlebens, als untergeordneter Bestandteil des Weltanschauungskomplexes, kennt der richtige bürgerliche Vereinsmeister überhaupt nichts über seinem Verein. Wenn man den Festzeitungsartikeln und Festreden der deutschen Schützen glauben könnte, käme nichts auf Erden dem Scheibenschießen gleich. „Meister im Schuß“ ist für diese Leute „die beste Empfehlung“, „bravo sein wie Hubertus“ ist die „beste Frömmigkeit“, und nichts steht ihnen über der „Schützenbrüderschaft“. Sie, ja sie allein lassen „in der lauen Luft einer weichen Zeit die Schützenkunst als Wahrzeichen männlicher Gesinnung rogen“, sie und sie allein sind es, die „das nationale Bewußtsein stärken“. Der Weidwaid steigt, und auch dies lassen sie sich von einem ihrer Vorsitzenden in holperigen Versen bescheinigen, daß bei ihnen „noch Männlichkeit und Ehre gelten“, und daß „Deutschland stolz sein kann auf seine Schützenhaft“. Natürlich dürfen bei dem Festbankett sich einer Schützenhaft Rupertus Neg und die diversen Prinzen und Prinzessinnen einer abgehalfterten Fürstentumsepöche nicht fehlen, denen man stürmische Ovationen bringt. Am die Inszenierung der rechten Begeisterung in den besseren Bürgerkreisen ist die Festleitung besonders bemüht gewesen. Sie hat für die „Befestigung“ von Burststräußen Sorge getragen und offiziellen Fensteranschmuck vertrieben, der aus achtzehn verschiedenfarbigen Luchern bestand, die „in aufsteigender Scala eine

fortgeleitete Farbensinfonie“ aufwies. Doch mal was Aparteres und Manierlicheres als das oft ungezügelt durcheinander proletarischer Begeisterungssymbole!

Selbstverständlich, daß auch der animerende Rummelploßspruch „Ueb' Aug' und Hand fürs Vaterland!“ unzählige Male parodiert worden ist. Einer der stellvertretenden soundsovielen Vorsitzenden hat sich noch im besonderen darüber ausgeweint, daß das Kultusministerium jungen Leuten unter 18 Jahren die Mitgliedschaft bei Schützengesellschaften verboten hat. Ja, natürlich: was soll auch einmal aus einem solchen Burchen werden, der am Ende gar, weil er es mit der Knarre noch nicht tun darf, auf den Gedanken kommt, zum Ersatz dafür ein Mädel an die Wade zu drücken. Das ist ja doch Unnatürlich! Am Scheibenschießen allein steckt prima Männlichkeit, und wenn es auch eine ist, mit der man in kommenden Kriegen nicht ohne weiteres Hegreich den aus Flugzeugen geschleuderten Giftschwaden trogen kann, so dürfte sie doch wenigstens gelegentlich innerer Wirren zur sachgemäßen Pflichterfüllung in Exekutionstommandos ertüchtigen.

## Frauenrecht und Selbstmord.

Der Selbstmord ist bei den Männern viel häufiger als bei den Frauen. Schon die frühesten Statistiken stimmen darin überein, daß auf 300—400 männliche Selbstmörder etwa 100 Frauen kommen. Soweit neue Statistiken vorhanden sind, bestätigen sie diese Tatsache. In allen Ländern sind die Selbstmorde bei Männern zahlreicher als bei Frauen, mit alleiniger Ausnahme von Indien. Vor dem Kriege entfielen in Deutschland auf 100 männliche Selbstmörder 34,2 weibliche, 1920 53,9 1924 37,3. Die Beteiligung der Frauen am Selbstmord hat in den letzten Jahren wieder abgenommen. In Hamburg kamen 1909 auf 10 000 Einwohner 5,5 Selbstmorde bei Männern, 1,4 bei Frauen; 1923 waren die entsprechenden Zahlen 5 und 2,6. Die höchste Beteiligung der Frauen am Selbstmord weisen in Deutschland Lübeck mit 57,1 Selbstmörderinnen auf 100 Selbstmörder, Berlin mit 73,7 und Sachsen mit 47,3 auf. Zweifellos hat sich die Zahl der weiblichen Selbstmorde vermehrt und ist der der männlichen nähergerückt. Die Gründe dafür erörtert Prof. Hanauer in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ und kommt zu dem Ergebnis, daß die stärkere Beteiligung der Frau am Wirtschaftsleben die Selbstmordhäufigkeit begünstigt. Mit der Gewinnung der Frauenrechte scheint sich die Frau auch das Recht zum Freitod in steigendem Maße zu erobern; „sie zahlt also einen teuren Preis für ihre bürgerliche Gleichberechtigung“. Besonders deutlich ist das in Rußland zu verfolgen. Dort verhielt sich vor dem Kriege die Beteiligung der Männer und Frauen am Selbstmord wie 4:1. Nach dem Weltkrieg, als den Frauen die Gleichberechtigung im sozialen Leben eingeräumt wurde, stieg der Prozentsatz der Frauen selbstmorde um das 2,5fache. Auf 587 männliche Selbstmörder kommen 413 Frauen. Dieser allgemein beobachteten Entwicklung widerspricht freilich die indische Selbstmordstatistik, die ein Ueberwiegen der weiblichen Selbstmorde über die männlichen zeigt. Hier aber liegen besondere Verhältnisse vor, die in der überaus niedrigen Stellung der Frau und auch in religiösen Anschauungen begründet sind. Die Frau fühlt sich in Indien vielfach als das persönliche Eigentum des Mannes, dem sie

in den Tod folgen muß, oder ihre Lage ist so verzweifelt, daß sie nicht selten ihrem Leben ein Ende macht. Daher ist in Indien der Selbstmord der Frauen doppelt so häufig wie der der Männer.

Psychologisch interessant ist es, daß die Frauen an Selbstmordversuchen verhältnismäßig häufiger beteiligt sind als die Männer. Die Männer kommen also beim Selbstmord eher zum Ziele, während die Frauen häufiger Mittel anwenden, die die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit der Rettung zulassen. Feuerwaffen, Strick und Messer treten bei ihnen zurück, dagegen werden mit Borlsiede Wasser und Gift gewählt, bei denen eine Rettung eher möglich ist.

Schau den aussterbenden Tierarten! Von den beiden Bildrindern, die einst in Europa heimisch waren, ist der Auerochse längst ausgestorben. Nach dem Krieg ist auch die Zahl der Wisente, von denen es noch vor 15 Jahren weit über 1000 Exemplare gab, auf 60 bis 70 Tiere zusammengeschrumpft. Für die Erhaltung dieser mächtigen Rinderart, die den Stolz unserer Zoologischen Gärten in Deutschland bildet, hat sich ganz besonders der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, Dr. Hecl, eingesetzt. Schon vor drei Jahren wurde die Internationale Gesellschaft zur Erhaltung des Wisents gegründet, die auch wissenschaftliches Material über das letzte europäische Bildrind sammelt. Mit Unterstützung der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege, des preussischen Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, besonders der Herren Professoren Schönichen und Landesforstmeister Gernlein, ist es nun an Anregung des Berliner Zoologischen Gartens gelungen, einen Teil des Saarparks Springs in der Nähe von Hannover zu einem Naturschutzpark für Wisente auszugestalten. In kurzen Abständen fuhr ich nach Springs hinüber,“ erklärte Dr. Hecl, „um die Arbeiten zu beaufsichtigen. In ungefähr zwei Monaten werden die Wisente nach Springs übergeführt, und dann soll der Park feierlich eröffnet werden. Um dem Publikum die Möglichkeit zu geben, die Tiere ohne jede Gefahr zu beobachten, wird ein großes Bildgatter aufgestellt.“ Da der Bestand der deutschen Wisente durch die ständige Inzucht sehr bedroht ist, sollen außerdem zwei Wisentkühe in dem neuen Naturschutzpark ausgesetzt werden, um eine Blutauffrischung zu ermöglichen. Dr. Hecl plant, die Errichtung anderer Schutzparks anzuregen, um eine Anzahl ebenfalls im Aussterben begriffener Tierarten vor dem Untergang zu schützen. Doch will er darüber nicht eher genauere Angaben machen, als bis die Arbeiten für diese Gebiete im Gang sind.

Das Drama in Rußland. Der vom Leningrader Dramatikerverband ausgeschriebene Wettbewerb für zeitgenössische sowjetrussische Bühnenstücke hat ein völlig negatives Resultat ergeben. Keine der Entsendungen wurde prämiert; nur ein Stück „Der Raub des Vaterlandes“ fand lobende Erwähnung. Dieses Ergebnis dürfte, den unparteiischen Scharfblick des Preisrichterkollegiums vorausgesetzt, die öfters von verschiedenen Seiten geäußerte Ansicht betätigen, daß die neurossische dramatische Produktion einen Stillstand zeigt, der beinahe chronisch zu werden droht.

Liebermann - Ehrungen. Der Reichspräsident hat Max Liebermann zu seinem 80. Geburtstag den Adelsstand des Reichs verliehen. Der preussische Kultusminister überreichte ihm das erste Stück der wieder neu gestifteten goldenen Staatsmedaille. — Von der Deutschen Kunstgenossenschaft wurde ihrem Ehrenmitglied eine von Heinrich Jule geschaffene lustige Originalillustration überreicht, auf der ihm Meister Jule mit seinem langen Maßstab gemessen

## Schwarzweißrote Hindenburg-Feier! Die Scheu vor den Reichsfarben.

Wie wir berichteten, soll der achtzigste Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg in ganz Deutschland gefeiert werden, und es ist ohne Zweifel an sich nichts dagegen einzuwenden, daß ein so hoher Ehrentag des ersten Beamten der deutschen Republik festlich begangen wird. Nun werden aber Einzelheiten über die geplanten Veranstaltungen bekannt, die außerordentlich bedenklich stimmen müssen. Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Kaffhäuser“ nämlich hat seinen sogenannten „zweiten Deutschen Reichskriegertag“ ausgerechnet auf den 2. Oktober, dem Geburtstag des Reichspräsidenten, nach Berlin verlegt. Bombastisch heißt es in einer Pressemitteilung des Bundes:

„Dieser Reichskriegertag ist wie der vor zwei Jahren in Leipzig unter außerordentlichster Beteiligung der Kameraden aus dem ganzen Reich stattgehabt — „stattegehabt“ ist echtes Kriegervereinsdeutsch! — als ein nationaler Tag der Soldatenkameradschaft gedacht, als ein Gedächtnis für unsere gefallenen Helden, als eine Erinnerung an die Großtaten unseres Heeres und unserer Flotte, als ein Tag der Hoffnung neuen Aufstieges. Er ist gleichzeitig eine Huldigung für den Reichspräsidenten, den Ehrenpräsidenten des Deutschen Reichskriegerbundes „Kaffhäuser“, Generalfeldmarschall von Hindenburg, anlässlich seines 80. Geburtstages, und soll eine Kundgebung aller deutschen Kriegervereine werden, ein Appell an die Einigkeit unseres Volkes, ein Echo der Gefühle nationaler Begegnung und ein deutscher Ruf in die Welt.“

Die Schwarzweißroten Kriegervereine, die bei jeder Falmenweiche in Kleinfeldersdorf, bei jeder Regimentsfeier in Pumpschlag bei Buxtehude an den Obersten Kriegsherrn in Doorn alleruntertänigste Huldigungstelegramme schicken, benutzen unter den Symbolen des Kaiserreichs den achtzigsten Geburtstag des Präsidenten der deutschen Republik, um „einen deutschen Ruf in die Welt“ ergehen zu lassen. Dieser Ruf wird in der Welt ohne Zweifel gebührend verstanden werden! Weiter heißt es in der Ankündigung:

Am Montag, dem 3. Oktober, wird im Deutschen Stadion ein feierlicher Aufmarsch der Kriegervereine mit Fahnen vor sich gehen. Ein tausendköpfiger Chor wird, begleitet von Instrumentalmusik, mitwirken, und außerdem werden Bilder aus der Entwicklungsgeschichte des reichlichen deutschen Heeres gezeigt werden. An der letztgenannten Veranstaltung wird voraussichtlich auch der Ehrenpräsident des „Kaffhäuser-Bundes“, Generalfeldmarschall von Hindenburg, persönlich teilnehmen.

Der Reichspräsident würde so seinen Ehrentag sicher in einer Weise begehen, die in heroischem Maße geeignet ist, die Friedenspolitik des von ihm dreimal im Amte beständigen Reichsaußenministers in weitestgehendem Maße zu fördern!

Nun, die sagen wir einmal wohlwollend: „geistige“ Einstellung der Kriegervereiner kennen wir. Ihr Lebensziel ist es, in verbildeten Uniformen einherzuwachen, mit frisch aufgemunterten Kollerorden zu rauschen oder im schlichten Gehrock den Regenschirm vorchriftsmäßig zu schüttern. Es passieren aber Dinge, die viel toller sind! Da haben sich sogenannte überparteiliche Ortsauschüsse zur Vorbereitung der Hindenburgfeiern gebildet, und diese haben zum Teil Bestehendes gestiftet, die geradezu unerhört sind. So hat man beispielsweise in Bichterfeld sich entschlossen, daß der Festsaal zur Hindenburgfeier nur mit der Flagge der Reichswehr, mit den Farben der Länder und den verschiedenen Innungsabzeichen ausgemüht werden soll. Der Reichspräsident hat den Eid auf Schwarzrotgold geleistet, auf seinem Amtssitz weht die schwarzrotgoldene Standarte, an seinem Dienstaute flattert der schwarzrotgoldene Wimpel, und Schwarzrotgold symbolisiert den Staat, den der Reichspräsident vertritt. Aber bei Feiern zu seinen Ehren soll Schwarzrotgold nicht gezeigt werden!

Nun, weite Volkstreffen mühten aus solchem Verhalten die Konsequenzen ziehen. Die preussische Regierung übrigens hat, wie man ja weiß, auf einstimmigen Beschluß hin ihren Beamten untersagt, an Veranstaltungen teilzunehmen, bei denen die Reichsfarben Schwarzrotgold boykottiert werden. Wie heilsam diese Verordnung wirkt, davon hat man sich in der letzten Zeit wiederholt überzeugen können. Wir erinnern an den von uns berichteten Fall des westfälischen Regierungspräsidenten Umelungen, und letztlich haben sich sogar die Kriegervereine zur Anerkennung von Schwarzrotgold bedrängen müssen. In Verbindung mit der Tagung des Kaffhäuser-Bundes fand vor kurzem in Köln die Jahresversammlung der deutschen Kriegerwohlfahrtsvereine statt. Als Vertreter des preussischen Ministeriums erschien Vizepräsident v. Hornau, als Vertreter Kölns Oberbürgermeister Adenauer. Der Saal war mit zahlreichen Flaggen geschmückt, darunter war Schwarzweißrot stark vertreten. Die Nationalflagge fehlte. Unter diesen Umständen erklärten die Herren, wenn nicht die Nationalfarben des Reiches noch angebracht würden, mühten sie ihre Teilnahme zurückzuziehen. Dies verfehlte seine Wirkung nicht: Abschied wurde aus Schwarzrotgold gesagt, und man entschuldigte sich mit dem „Versehen untergeordneter Organe“. Es geht also!

Nun, wir hoffen bestimmt, daß der Reichspräsident für die von ihm beschworenen Farben des Reiches mit derselben Energie eintreten und bei keiner Veranstaltung vertreten sein wird, bei der die Farben Schwarzrotgold boykottiert werden!

## Fortgesetzt Militärfliegerabstürze. Massentodesopfer in England.

Ein englischer Militärflugzeug geriet Montag Abend in Cambridge in der Grassholt Surrey in Brand und stürzte ab. Die beiden Insassen wurden getötet. Durch diesen Unfall erhöht sich die Zahl der in diesem Jahre in englischen Militärflugzeugen ums Leben gekommenen auf 32. Im vergangenen Jahre betrug die Gesamtzahl der Toten 85.

Bei Übungsflügen stürzten über dem Flugplatz von Clampino und Malpensa in Italien zwei Bombenflugzeuge ab. Piloten und Mechaniker verunglückten dabei tödlich. Der italienische Militärflieger Oberleutnant Maciofas stürzte in Rovato mit seinem Flugzeug ab und starb nach wenigen Stunden.

## Ein Blutbad der Dollardiplomatie.

Die Liberale Partei in Maragua hat gestern versucht, die amerikanischen Truppen, die seit drei Monaten das Land besetzt halten, herauszuwerfen. Einige laufende Freischützer, geführt von General Sanding, griffen die amerikanischen Marinesoldaten im Ortolan an, wurden aber nach vierstündigem Kampfe zurückgeschlagen. Die Amerikaner verdanken ihren Siegen fünf Flugzeugen, die mit Bomben gegen die „Auführer“ vorgingen. Nicht weniger als 300 wurden getötet.

Staatssekretär Kellogg fügte zu der Niederlage der Freischützkämpfer noch den Hohn der Dollardiplomatie. Er nannte die Angreifer eine „Räuberbande“.

# Kraubmord bei Storkow.

## Eine franke Frau im Bett erschlagen.

Ein furchtbarer Raubmord wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr in dem Dorfe Bugt bei Storkow (Brandenburg) verübt. Während der Abwesenheit des Mannes und der Familienangehörigen wurde die 60jährige Frau des Gemeindevorstehers Laurich, die krank im Bett lag, von einem oder mehreren unbekanntem Tätern ermordet. Den Mördern fiel ein Betrag von 500 M. in die Hände. Folgende Einzelheiten werden zu dem schrecklichen Verbrechen noch bekannt.

Frau L., eine für ihr Alter noch sehr rüstige Frau, war seit einiger Zeit bettlägerig. Gestern begab sich der Ehemann mit den Angehörigen und dem Dienstmädchen auf das Feld, um den Acker zu bestellen. Eine Tochter blieb zurück, um für die kranke Mutter zu sorgen. Gegen 4 Uhr entfernte auch sie sich, um den auf dem Felde Arbeitenden Kaffee zu bringen. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrte, bot sich ihr ein schreckliches Bild. Die Mutter lag mit zerkümmertem Schädel in dem blutbesudelten Bett. Schränke und Behältnisse waren durchwühlt und der Inhalt lag auf dem Fußboden zerstreut umher.

Wie ein Lauffeuer durchliefte die Kunde von der Bluttat die kleine Ortschaft. Der entsetzte Ehemann eilte herbei. Die Gendarmerie wurde sofort benachrichtigt, die an der Mordstelle die notwendigen Ermittlungen aufnahm. Auf dem Hofe lag der große Hund vor seiner Hütte erschlagen. Aus einem Kasten waren 500 Mark geraubt; es war der Erlös, den Laurich vor einigen Tagen bei dem Verkauf einer Kuh erzielte. Außerdem hat der Täter ein Fahrrad und eine Männerjacke entwendet. Nach den Erhebungen hat es den Anschein, daß es sich bei dem Täter um jemand handeln kann, der mit den Verhältnissen im Ländchen genau vertraut war. Der Mörder hat den günstigen Augenblick abgewartet, als sich auch die Bewohner des Nachbarhauses auf dem Felde befanden, und ist dann zu der Tat geschritten. Die Vermutung ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß der Täter ein Landstreicher oder Wanderbursche ist, der, als er betteln wollte, Frau L. allein im Bett vorfand und die Gelegenheit benutzte, um zu stehlen. Frau L. hat dann wahrscheinlich um Hilfe gerufen, so daß der Hund anfiel. Leider wurden die Hilferufe von niemand gehört. Um sich zu sichern, erschlug der Täter zuerst den Hund und tötete Frau L. durch mehrere mächtige Hiebe auf den Kopf, die mit einem stumpfen Gegenstand geführt sein müssen.

Es besteht die Möglichkeit, daß der Täter mit dem Rade die Flucht ergriffen hat und versuchen wird, in Berlin unterzu-

tauchen. Von der Staatsanwaltschaft ist im Laufe des heutigen Vormittags Kriminalrat Gemant nach Bugt begeben worden; in seiner Begleitung befindet sich Kriminalkommissar Johannes Müller. Die Leiche der Ermordeten ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

## Die geheimnisvolle Frauentragödie. Die Ursachen bisher nicht ermittelt.

Zu der Tragödie im Rdb., über die wir bereits berichteten, erfahren wir, daß trotz der Nachforschungen und Zeugenvernehmungen, die die Kriminalbeamten des 127. Reviers anstellten, ist es bisher nicht möglich gewesen, das Dunkel, das über der Tragödie liegt, zu klären.

Die beiden Frauen sind vorher durch die Räume des Kaufhauses gegangen und von mehreren Zeugen und Zeuginnen gesehen worden. Niemand hat an ihnen etwas Auffälliges wahrgenommen, man hat auch keinen Streit gehört. Da bei den Verunglückten keine Kassenzettel gefunden wurden, so hatten sie wohl noch nichts gekauft. Widersprechend sind die Aussagen der Passanten, die den schrecklichen Vorgang von der Straße aus beobachteten. Während einige behaupten, daß Frau Otto ihre Tochter mit sich hinabgerissen habe, wollen andere gesehen haben, daß die Tochter der Mutter freiwillig gefolgt sei. Es wird auch kaum möglich sein, über diese Frage erstlose Klarheit zu schaffen. Frau Otto stieg in dem Toilettenraum plötzlich auf den Heizkörper und stürzte sich aus dem offenen Fenster in die Tiefe. Es ist sehr wohl möglich, daß die Tochter, als sie die Mutter retten wollte, auch das Gleichgewicht verloren hat und so ihren Tod fand. Die Vernehmung des Gatten und Vaters, des Buchbindermeisters Otto, konnte ebenfalls nichts zur Klärung der Tragödie beitragen. Der gänzlich niedergebrogene Mann erklärt, daß das Familienleben ein durchaus ungetrübtes gewesen sei. Auch an dem verhängnisvollen Dienstag war nichts vorgefallen, was seine Frau zu dem grauenhaften Entschluß hätte treiben können. Er erklärt, daß er selbst vor einem Rätsel stehe.

Offenbar sprechen bei dieser Tragödie aber noch andere Umstände mit. So soll die Mutter noch im Sterben geröchelt haben: „Die Schande... meine Tochter... das überlebe ich nicht.“ Eine Berliner Frühmorgenszeitung will sogar ermittelt haben, daß eine Korrespondenz eines anscheinend sich in hoher Stellung befindlichen Akademikers mit der Ehefrau über die Tochter vorhanden ist, aus der hervorgeht, daß die Tochter von diesem Herrn betrogen und die Mutter, die wohl für ihre Tochter eingetreten ist, von ihm ehrentränkend behandelt worden ist.

## Turmhaus am Anhalter Bahnhof. 13 Stockwerke.

Auf dem Gelände zwischen dem ehemaligen Kunstgewerbemuseum und den Prinz-Albrecht-Gärten am Anhalter Bahnhof, wo sich bisher das als Randbebauung im Zuge der Königgräber und Anhalterstraße erst kürzlich errichtete „Europa-Haus“ mit seinen Geschäftsläden und verschiedenen Restaurationsbetrieben befindet, soll jetzt auch von der Großbauten-A.G. ein 13geschichtiges Turmhaus entstehen.

Dieses Gebäude soll, nachdem die Fundamente jetzt schon fertiggestellt sind, noch Ende dieses Jahres im Rohbau vollendet, und die weitere Ausgestaltung bis Frühjahr 1928 zu Ende geführt werden. Das Turmhaus wird auf dem Westflügel im Anschluß an die bereits fertiggestellte Randbebauung des „Europa-Hauses“ hinter der Königgräber Straße errichtet werden und durch einen besonderen Zugang, in dem sich zurzeit provisorischerweise ein Autogeschäft befindet, mit der Königgräber Straße verbunden werden. Es ist beabsichtigt, in dem neuen Gebäude, das die bisherigen ein- bis zweigeschossigen Läden und Restaurationsräume des Hofbräuhauses usw. erheblich überragen und einen architektonisch sehr interessanten Mittelpunkt dieses starken Verkehrsstrahmens bilden wird, etwa 800—1000 Räume zu schaffen, die entweder für Bureauzwecke, oder, was noch wahrscheinlicher ist, für ein großes modern eingerichtetes Hotel Verwendung finden sollen. Außer diesem Hochhaus, das ursprünglich sogar 17 Stockwerke umfassen sollte, aber zur Erlangung der baupolizeilichen Genehmigung in der Höhe etwas vermindert wurde, wird der Bauplatz des „Europa-Hauses“ in Fortsetzung der bisherigen stachen Randbebauung nach dem Kunstgewerbemuseum zu einen neuen Langpalast erhalten, der bereits zum Herbst von demOLONOMEN des Hofbräuhauses in Betrieb genommen werden wird. Ferner will man dort einen großen Saalbau schaffen, in dem sich Konzertsäle und umfangreiche Räume für Tagungen und Kongresse befinden werden, da die Gegend des Anhalter Bahnhofes trotz des starken Bedürfnisses keine derartigen Räumlichkeiten aufweist. Das Hochhaus wird sich in seiner Architektur dem modernen Stil der bisherigen Randbebauung anpassen. Die Bauherren erwarten, daß die Genehmigung des Baues in einigen Tagen von der Baupolizei des Bezirksamtes erteilt wird, das übrigens dem Projekt mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notwendigkeit wohlwollend gegenübersteht. Mit den Bauarbeiten wird dann sehr schnell begonnen werden, da zu einem Teil schon die Eisenkonstruktion aufgestellt worden ist, so daß das neue Hochhaus Mitte des nächsten Jahres bezogen werden dürfte.

## Dachstuhlbrand in Berlin N.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute vormittag gegen 11 Uhr nach der Alsterstr. 44 alarmiert, wo in einer Bodenkammer des Dachstuhles Feuer ausgebrochen war. Die Flammen breiteten sich mit großer Schwindigkeit aus und ergriffen die Dachkonstruktion. Als durch die starke Rauchentwicklung Straßenpassanten aufmerksam wurden, stand bereits der größte Teil des Dachstuhles in hellen Flammen. Die Feuerwehr ging über eine mechanische Leiter und über die Treppenhäuser mit drei Schlauchleitungen großen Kalibers gegen den Brandherd vor. Nach längerem Wallergehen konnte das Feuer niedergelämpft werden. Große Gefahr bestand eine zeitlang für das Dach des angrenzenden Grundstückes, doch wurde ein Uebergreifen glücklicherweise verhindert. Die Entstehungsursache konnte — da die Feuerwehr schon bei ihrem Eintreffen einen ausgebreiteten Brandherd vorfand — noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

## Volkstfest der Schöneberger Jugend.

Die Sozialistische Arbeiterjugend, die Naturfreunde und die Kinderfreunde hatten zum Sonntag die Bevölkerung zu einem Volkstfest auf der Spielwiese in Schöneberg eingeladen. Nach den farbenprächtigen Einmärschen entwickelte sich schnell ein buntes Treiben. Freude und Bewegung fanden im Mittelpunkt der Veranstaltung. Volkstänze und Spiele mit den Kindern in allen Variationen brachten Abwechslung und Freude auch für die zahlreichen Zuschauer. Fast wurde es des Guten zu viel, denn auch Volkstanz und Spiele dürfen für unsere Jugend nicht Selbstzweck werden. Die Darbietungen fanden im Schöneberger Rathausaal ihren Fortgang. Besondere Beachtung verdienen hier die Gruppentänze der Schüler für Martin Gleichners Bewegungsschule nach Baban. Hier lag Rhythmus und Schwung in dem Ton, der lebendiges Blut neuer Festkultur zu werden ver-

spricht. Eine ernste Sprechszene von Bruno Schönkant und die Schlussworte des Vorsitzenden des S.A.D., Ludwig Diederich, brachten die Ueberleitung zum Ernst des Lebens.

## Wohnungen ohne Aufsicht. Hochkonjunktur für die Klingelfahrer.

An fünf verschiedenen Stellen arbeiteten gestern vormittag die Klingelfahrer, die allmählich zu einer wahren Landplage werden. Diese Spezialisten bedienen sich der verschiedensten Rasten, um unauffällig auszutandschaffen, wo eine Wohnung ohne Aufsicht steht.

Die besser Bekleideten spielen z. B. den Vertreter für einen Haushaltsartikel, während andere mit Postkarten und Schmutzflecken hausieren oder betteln. Da sie jeden Augenblick darauf gefaßt sein müssen, von der heinkommenden Hausfrau überprüft zu werden, so stehen ihnen nur wenige Minuten zur Verfügung. Blühschnell öffnen sie mit Nachschlüssel die Bordertür, schließen sie wieder hinter sich ab und halten sich den Rückzug frei, indem sie durch die Räume eilen und die Hintertür aufmachen. Um keine Zeit zu verlieren, schlagen sie rücksichtslos die Behältnisse, die verschlossen sind, mit Stemmeisen ein und richten so oft einen Sachschaden an, der den Wert der Beute um ein Vielfaches übersteigt. So stahl ein Klingelfahrer gestern zwischen 11 und 1 Uhr vormittags in einer Wohnung in der Albrechtstraße bares Geld, eine mit Brillanten besetzte goldene Damenuhr mit der Nummer 213018, Silberzeug, das R. G. gezeichnet ist und einen Militärpaß auf den Namen „Christ Braun“. — In der Chausseestraße rafften die Diebe innerlich die Diebe innerhalb einer Stunde einen großen Vollen neue Wäsche, Stoff für zwei Anzüge und eine goldene Damenarmbanduhr zusammen. — In der hannoverschen Straße drang ein Klingelfahrer in die unbrauchbarste Wohnung eines Gastwirtes ein und erbeutete für 2000 Mark Gold- und Silberfachen. — Aus der Wohnung eines Bankbeamten in der Uhlandstraße wurden für 2500 Mark Silberzeug und Schmucksachen gestohlen und in der Goldstraße für 1100 Mark Silberfachen. In den meisten Fällen beschränken sich die Spezialisten auf den Diebstahl an Silber und Schmucksachen. Unwissentlich leisten die Wohnungsinhaber den Dieben insofern Vorkauf, als sie bei kurzem Ausgang die Tür nur einfach ins Schloß ziehen und darauf verzichten, das Sicherheitschloß anzuwenden.

Der Film des Kieler Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands „Die Kieler rote Woche“ läuft bis einschließlich Donnerstag in den „Uhu-Sichtspielen“, Neue Schönhauser Straße 12. Daneben wird noch „Der rote Birat“ und die vorzügliche Bühnenschaub gegeben. Allen Genossen und Gesinnungstreunden sei daher der Besuch empfohlen.

Zu den Juwelenraubungen in der Friedrichstadt erfahren wir, daß es trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen ist, den flüchtigen Bruno Straczewski festzunehmen. Die Grenzbehörden sind benachrichtigt und mit der Bekämpfung des Verfolgten versehen worden. Man vermutet aber, daß er sich nach in Berlin — vielleicht unter falschem Namen — verborgen hält. Die Untersuchungen zur völligen Klärung sind noch nicht abgeschlossen.

## Mord bei Königstein i. Sa.

Dresden, 20. Juli. (WZ.) Wie das Kriminalamt mitteilt, ist gestern nachmittag unweit Königstein im Walde die Leiche eines unbekanntem 20 bis 25 Jahre alten Mannes aufgefunden worden, der offenbar mit einem etwa armstarken Holznägel auf den Hinterkopf erschlagen worden war. Es handelt sich anscheinend um einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, der seinen Wohnsitz jenseits der Grenze haben dürfte. In seinem Besitz befanden sich nur eine tschechoslowakische Eisenbahnkarte und ein Abzeichen eines jugendsozialistischen im Gau Breslau.

Die 38. Jahresversammlung des Deutschen Gassenordens (DGG) fand vom 9. bis 20. Juli zum ersten Male im deutschen Ausland, in Danzig statt. Die Beamtensberichte ergaben einen allgemeinen Fortschritt; die Mitgliederzahl ist um 1400 gestiegen, so daß der Orden heute 37 000 Erwachsene und 11 000 Jugendliche zählt. Der Präsident Blume legte sein Amt als 1. Vorsitzender nach 26jähriger Tätigkeit nieder. Auf seinen Vorschlag hin wählte die Großloge einstimmig Präsident Prof. Dr. Siederer. Berlin zu seinem Nachfolger. Zum nächsten Logungsort wurde Posen als bestimmt.

